

Wie könnte man Ausländer besser integrieren?

Wie könnte man ausländische Zuwanderer künftig besser integrieren? Wie ließe sich eine Getto-Bildung wie in Gostenhof oder in Teilen der Südstadt vermeiden? Welche Fehler haben Vermieter und Kommune bei der Belegungspolitik gemacht? Diese und verwandte Fragestellungen will ein bundesweites Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ beleuchten, an dem sich auch die Stadt Nürnberg beteiligt. Erste Zwischenergebnisse werden zum Jahresende erwartet.

Rund 200 000 Ausländer wandern schon bisher jedes Jahr nach Deutschland ein. Weitere 300 000 werden es Schätzungen zufolge künftig aus den EU-Beitrittsländern sei. Die Folge: In Ballungszentren wie Hamburg oder Frankfurt dürfte mittelfristig jeder zweite Einwohner einen ausländischen Pass haben, meinen Fachleute. Dabei gibt es schon heute in vielen Städten Viertel mit äußerst schwieriger Sozialstruktur. Ein negatives Paradebei-

spiel bietet der Nürnberger Stadtteil Langwasser: Die äußerst unglückliche Sozialwohnungs-Belegung der letzten 15 Jahre hat dazu geführt, dass knapp jeder dritte Langwasseraner heute Russlanddeutscher ist.

Wie ließen sich solche Entwicklungen künftig vermeiden? Auch dazu erhofft sich das städtische Wirtschaftsreferat Antworten von dem Projekt „Zuwanderer in der Stadt“. Als Untersuchungsschwerpunkte im Stadtgebiet wollen Referent Roland Fleck und der Leiter des Amtes für Wohnen, Hans-Joachim Schlöbl, die Südstadt und Langwasser einbringen.

Ein konkretes Forschungsprojekt ist Schlöbl zufolge die Frage, wie und aus welchen Gründen Ausländer innerhalb einer Stadt wandern. Außerdem möchte Nürnberg von wissenschaftlichen Untersuchungen ausgesuchter Metropolen im benachbarten Ausland profitieren sowie von den Erfahrungen der sieben

anderen Städte, die sich an dem Projekt beteiligen: Essen und Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Mannheim und München sowie der Berliner Bezirk Mitte als einzigem Vertreter der neuen Bundesländer.

Das Gesamtvorhaben ruht auf zwei Säulen: Ein Expertenforum soll Forschungs- und Praxiserkenntnisse bündeln und systematisieren. Ziel ist es, die Bedingungen und Zusammenhänge aufzuzeigen, die eine Integration von Zuwanderern

fördern oder verhindern. Ein Praxis-Netzwerk mit den beteiligten Städten sowie Unternehmen der Wohnungswirtschaft soll diese Ergebnisse auf die lokalen Gegebenheiten übertragen und dort umsetzen.

Die Initiative für das Projekt kam übrigens von der Schäder-Stiftung des engagierten Darmstädter Bauunternehmers Alois Schäder. Für die Durchführung hat sich die Stiftung mit dem Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, dem Deutschen Städtetag und weiteren Einrichtungen bzw. Verbänden der Wohnungswirtschaft zusammengesetzt. Die Gesamtkosten von voraussichtlich rund zwei Millionen Euro teilen sich das Bundesbildungsministerium (1,3 Millionen Euro) einerseits sowie der Deutsche Städtetag und der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (0,7 Millionen Euro) auf der anderen Seite. Das Projekt soll bis September 2008 abgeschlossen sein.